

E 5604

Bund der  
Strafvollzugsbediensteten  
Deutschlands (BSBD)

Fachzeitschrift  
für die Bediensteten des  
Justizvollzugs

# DER VOLLZUGS- DIENST



**JVA Wittlich mit Neubau**

Weiteres dazu lesen Sie im Innenteil auf Seite 7

Lesen Sie im Fachteil dieser Ausgabe:

**Urteil des Gerichtshofes der Europäischen Gemeinschaften  
vom 20. Januar 2009 – AZ: C-350/06**

**4/5**

Oktober 2009

Das aktuelle Thema von Wilhelm Bokermann

## Gibt LaFiMin Dr. Helmut Linssen seinen Widerstand gegen die 1:1-Umsetzung des Tarifiergebnisses auf die Beamten endlich auf?



Schwarz-gelbe Landesregierung hat ein riesiges Glaubwürdigkeitsproblem!

**A**m 15. September 2009 führte der „Unterausschuss Personal des Haushalts- und Finanzausschusses“ im Landtag von NRW eine öffentliche Anhörung zu dem Entwurf des „Gesetz zur Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge 2009/2010 sowie zur Änderung und Aufhebung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften im Land NRW“ (Lt.-Drucksache 14/9395) durch. Mit dem Gesetzentwurf soll u.a. die rechtliche Basis für die Erhöhung der Dienst- und Versorgungsbezüge ab dem 1. März 2009 um 3 v.H. und ab dem 1. März 2010 um 1,2 v.H. sowie für die Erhöhung der Anwärtergrundbeträge um jeweils 60 Euro und die Erhöhung der Grundgehaltssätze um jeweils 20 Euro geschaffen werden. Während zwischen Regierung und Gewerkschaften bezüglich der meisten Elemente der Anpassung Einvernehmen besteht, bleibt die beabsichtigte Erhöhung der Grundgehaltssätze streitbefangen! Dreh- und Angelpunkt ist die Haltung von Finanzminister Dr. Helmut Linssen, der die Eins-zu-eins-Umsetzung äußerst eigenwillig interpretiert. Die tariflich festgeschriebene Einmalzahlung von 40 Euro will er den Beamten im laufenden Jahr komplett verweigern. Die Anhebung des Grundgehalmes ab März diesen Jahres soll nicht - wie im Tarifabschluss festgeschrieben - 40 Euro, sondern nur die Hälfte, also 20 Euro, betragen. Dabei war es Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers, der bereits im Vorfeld der Tarifrunde wiederholt und öffentlich erklärt hat, deren Ergebnis zeit- und wirkungs-gleich(!) auch auf die Beamten und Versorgungsempfänger in NRW per Gesetz übertragen zu wollen. Wer straft da wen Lügen?

Für den *dbb nrw beamtenbund und tarifunion nordrhein-westfalen* nahmen als Sachverständige dessen 2. Vorsitzender **Roland Staudé** sowie die stellv. Vorsitzenden **Wolfgang Römer (BSBD)** und **Rainer Bartsch** an der Anhörung teil. Zudem waren auch die Vertreter der *dbb*-Fachgewerkschaften DStG, DPoG und BRH sowie solche des DGB und andere geladen worden. Unmissverständlich machten sie deutlich, dass Verlässlichkeit ein hohes Gut sei, das man nicht leichtfertig riskieren solle. Ein Vertrauensverlust des öffentlichen Dienstes, der unweigerlich eintreten werde, wenn der Gesetzentwurf unverändert das Parlament passiere, müsse unbedingt verhindert werden. In



Von rechts: Roland Staudé, Wolfgang Römer (beide *dbb nrw*) und Karl Heinz Baum (BRH NRW) erläuterten vor dem Unterausschuss Personal, dass die Stimmung in den Amtsstuben des Landes gegen null tendiere. Die jetzt gefundene Regelung zur Übertragung des Tarifiergebnisses auf den Beamten- und Versorgungsbereich werde als Wortbruch empfunden.

diesem Falle gehe es gar nicht so sehr um das Geld, sondern vielmehr darum, ob man der Politik trauen könne und ob die Fürsorgepflicht gegenüber den Beamten und Versorgungsempfängern bei dieser Landesregierung gut aufgehoben sei.

### Einkommensanpassung selbst finanziert

Zum besseren Verständnis sei daran erinnert, dass seit 1998 entsprechend der Verordnung über die Gewährung von Prämien und Zulagen leistungsabhängige Bezügebestandteile gezahlt werden können, die die Beamten **durch Verzicht auf eine höhere Einkommensanpassung** (rd. 100 Mio. DM jährlich) **selbst finanziert hat-**

**ten.** Die damalige rot-grüne Landesregierung hat diese Zahlungen allerdings **nach zwei Jahren gestoppt**, wohl wissend, dass diese Vorgehensweise **eindeutig rechtswidrig** war. Das hat allerdings auch die neue schwarz-gelbe Landesregierung nicht davon abhalten können, entsprechend zu verfahren!

### Fazit:

- Seit nunmehr neun Jahren werden den Beamten in NRW Leistungsprämien und -zulagen vorenthalten, die durch Verzicht auf höhere Einkommen von diesen selbst finanziert worden sind.
- Seit nunmehr neun Jahren sind die



Finanzminister Dr. Helmut Linssen (CDU) verfolgt eine äußerst eigenwillige Strategie bei der Übertragung des Tarifiergebnisses auf den Beamten- und Versorgungsbereich. Bei den Betroffenen riskiert er einen weiteren herben Vertrauensverlust.

**Beamten in NRW hinsichtlich der Leistungsentgelte in Vorleistung getreten. Dass sie hiermit einen nicht unwesentlichen, wenn auch unfreiwilligen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung geleistet haben, wird seitens der Landesregierung schamhaft verschwiegen.**

Auf den Beschäftigtenbereich wurde diese Regelung indes nicht übertragen. Das hält die Regierung von Ministerpräsident **Dr. Jürgen Rüttgers** allerdings nicht davon ab, dass sich die Beamten im Rahmen des vorliegenden Entwurfs eines Besoldungsanpassungsgesetzes **jetzt auch noch die Leistungsentgelte der Beschäftigten anrechnen lassen müssen.**

**Das ist des Guten zu viel!** Die Beschäftigten müssen zwar auf das Leistungsentgelt verzichten, aber sie haben es zuvor tatsächlich erhalten. Und jetzt erhalten sie einen finanziellen Ausgleich. **Die Beamten hingegen, denen seit Jahren eine entsprechende Ausgleichszahlung vorenthalten wird, sollen sich jetzt auch noch das Leistungsentgelt der Beschäftigten als eine Art „Phantomgeld„ anrechnen lassen!**

**In diesem Punkte wird die schwarz-gelbe Landesregierung bei den Betroffenen wohl kaum auf Verständnis hoffen können. Im Gegenteil: Die Stimmung ist mies, die Glaubwürdigkeit der Regierung ist im stetigen Sinkflug begriffen.**

#### Herber Vertrauensverlust unter der Beamtenschaft

Fassen wir zusammen: Die bisherige Vorgehensweise sowie die kleinlich bis peinlich anmutenden Erklärungsversuche des LaFiMin **Dr. Linssen haben bereits zu einem herben Vertrauensverlust in der nordrhein-westfälischen Beamtenschaft geführt.** Immerhin acht Bundesländer haben Regelungen für die 1 : 1-Übertragung der Tarifergebnisse auf die Beamtenbesoldung getroffen, die genau den Intentionen des NRW-Ministerpräsidenten sowie denen des **dbb nrw** entsprechen. Sie übertragen das Tarifergebnis buchstabengetreu, nämlich wirklich inhalts- und wirkungsgleich.

Vielleicht – und das bleibt im Interesse aller Beteiligten zu hoffen – kann das dem Vernehmen nach beamtenfreundliche Votum des „Unterausschusses Personal“ vom 6. Oktober diesen Jahres sowohl die Mitglieder des Haushalts- und Finanzausschuss als auch die Parlamentarier in Gänze davon überzeugen, das es politisch sinnvoll ist, das von LaFiMin **Dr. Helmut Linssen** erarbeitete „Sondersparprogramm zu Lasten der Beamten“ nicht zu realisieren.

Überschlägig handelt es sich dabei immerhin um ein Einsparvolumen – je nach Betrachtungsweise – zwischen 80 bis 120 Mio. Euro jährlich. Im Verhältnis zu dem **erneuten staatlichen Hilfspaket für die WestLB in Höhe von 6,4 Milliarden Euro** sind das allerdings nur „Peanuts“! Aber, so hört man aus dem Finanzressort: Kleinvieh macht auch Mist!



Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers, hier im Gespräch mit BSBD-Chef Klaus Jäkel, hat eine schwere Hypothek zu schultern. Die Umsetzungsstrategie seines Finanzministers straft ihn, der er stets eine 1:1-Umsetzung versprochen hat, faktisch Lügen. Es bleibt zu hoffen, dass der Gesetzentwurf zu Besoldungsanpassung durch das Parlament modifiziert werden wird.

#### Amtsangemessene Alimentation

Und eine bereits vielfach „vergessene“ Wahrheit soll hier in Erinnerung gerufen werden, nämlich das Eintreten so vieler Politiker in der Debatte um und für die sog. **Föderalismusreform.** Der **BSBD** hat als die Berufsorganisation der Strafvollzugsbediensteten seinerzeit mit großem Nachdruck vor den angeblich hehren Absichten der „Landesherrn“, z.B. bei der Übertragung der Besoldungs- und Versorgungskompetenzen auf die Länder, gewarnt – und Recht behalten. Heute müssen die Landesbeamten – jedenfalls in NRW – ihre Rechte zunehmend in zeit- und kostenaufwändigen Gerichtsverfahren – mit nicht immer klarem Ausgang – durchzusetzen versuchen. Das wird nicht zuletzt in dem vom **dbb** mit Rechtsschutz versehenen Musterverfahren zur amtsangemessenen Alimentation deutlich, welches **das OVG in Münster derzeit dem Bundesverfassungsgericht zur Entscheidung vorgelegt hat.** Keine besondere „Visitenkarte“ für das Land NRW, dessen jedenfalls derzeitige Regierung doch so besonderen Wert auf das System der sozialen Marktwirtschaft legt. Dabei sollte es so-

wohl die NRW-Parlamentarier als auch die CDU/FDP-geführte Landesregierung nachdenklich stimmen, dass dem Landesamt für Besoldung und Versorgung in Düsseldorf mittlerweile **mehr als 700.000 (sic!) Anträge von Beamten** auf erhöhte Auszahlung von Gehältern und anderen Einkommensbestandteilen vorliegen. Bis zum Jahresende kann die Millionengrenze erreicht sein.

#### Landtagswahl wird eine fühlbare Antwort bereit halten

Verkommt Nordrhein-Westfalen zu einem Land, in welchem die Beamten – egal, ob noch aktiv oder bereits im Ruhestand – ihre Rechte nur noch im Klagewege erreichen können?

Die Landtagswahlen am geschichtsträchtigen 9. Mai nächsten Jahres werden für die Politik und die Politiker eine fühlbare Antwort bereit halten.

Bereits die Wahlen in 2009 haben der Nomenklatur der Politik hoffentlich verdeutlichen können: **„Wer eine Wahrheit auf einfache Weise nicht zur Kenntnis nehmen will, dem wird sie auf drastischere Art und Weise vermittelt werden!“**

Besuchen Sie uns im Internet

[www.bsbd.de](http://www.bsbd.de)

Redaktionschluss

für die nächste Ausgabe

15. November

## Anwärtersonderzuschlag für ein weiteres Jahr gesichert

**R**echtsgrundlage für die Zahlung von Anwärtersonderzuschlägen ist § 63 des Bundesbesoldungsgesetzes. Die Höhe der Sonderzuschläge war bis 2005 in einer Sonderzuschlagsverordnung geregelt. Für die Laufbahnen des allgemeinen Vollzugsdienstes und des Werkdienstes konnten und können bislang Zuschläge in Höhe von 50 Prozent gewährt werden. Mit dem 6. Gesetz zur Änderung besoldungsrechtlicher Vorschriften ist die Sonderzuschlagsverordnung aufgehoben und § 63 Bundesbesoldungsgesetz modifiziert worden.

Auf dieser Rechtsgrundlage prüft das nordrhein-westfälische Finanzministerium in periodischen Zeitabständen, ob die Gewährung der Sonderzuschläge für die Anwerbung geeigneter Nachwuchskräfte noch erforderlich ist. Im Rahmen der jetzt durchgeführten neuerlichen Überprüfung hat der **BSBD** Justizstaatssekretär **Jan Söffing** um Unterstützung gebeten. Das Prüfungsverfahren ist jetzt mit positivem Ergebnis abgeschlossen worden. Das Finanzministerium hat sich damit einverstanden erklärt, den Anwärtersonderzuschlag bis zum 31. Dezember 2010 in Höhe von 50 Prozent des Anwärtergrundbetrages zu zahlen.

Trotz dieses sachgerechten Ergebnisses ist die **BSBD**-Landesleitung besorgt darüber, dass in den zurückliegenden Monaten vermehrt Kritik an der Zulage geübt worden ist. Denn eines hat das Finanzministe-

rium unmissverständlich klar gemacht: Wenn in ausreichender Zahl geeignete Bewerberinnen und Bewerber auch ohne Gewährung des Sonderzuschlages gewonnen werden könnten, dann müsse dieses Einsparpotential auch realisiert werden.

### Mehr oder weniger große Probleme, ausreichend qualifiziertes Personal zu finden

Nach den Erfahrungen der zurückliegenden Jahre hat der Strafvollzug in regional unterschiedlicher Ausprägung mehr oder weniger große Probleme, für die Besetzung seiner verfügbaren Stellen ausreichend qualifiziertes Personal zu finden. Die Streichung des Anwärtersonderzuschlages würde diese Situation verschärfen. Auch die hohe Arbeitslosigkeit hat den Vollzug nicht vor der Schwierigkeit bewahrt, nur in begrenztem Umfang geeignete Bewerbe-



Der Anwärtersonderzuschlag ist für ein weiteres Jahr gesichert.



Der BSBD hat sich mit seinen Vorstellungen zum Anwärtersonderzuschlag weitgehend durchgesetzt, damit es im Strafvollzug aufwärts gehen kann!

rinnen und Bewerber für ein berufliches Engagement im Vollzug interessieren zu können.

Nach Auffassung des **BSBD** ist der Anreiz eines „sicheren“ Arbeitsplatzes allein nicht ausreichend; es müssen vielmehr finanzielle Rahmenbedingungen hinzutreten, die den Bewerbern einen Berufswechsel ohne allzu große finanzielle Einbußen ermöglichen. betriebsspezifischen Qualifizierungsmaßnahmen – deutlich höhere Anfangsgehälter den Regelfall darstellen.

Die Suspendierung des Anwärtersonderzuschlages würde nach Meinung des **BSBD** in vielen Fällen dazu führen, dass Widerrufsbeamte **Anspruch auf Sozialhilfe** hätten. Eine derartige Entwicklung müsse zwangsläufig abschreckend auf jene Bewerber wirken, die sich in einem ungekündigten Arbeitsverhältnis befinden.

**BSBD-Chef Klaus Jäkel zeigte sich befriedigt über die schnelle Erfüllung der gewerkschaftlichen Forderung, warb allerdings gleichzeitig für längere Überprüfungsfristen. „Sowohl die Bewerberinnen und Bewerber als auch die Personalverwaltungen der Vollzugseinrichtungen benötigen Planungssicherheit hinsichtlich der finanziellen Rahmenbedingungen für die Nachwuchskräfte des Vollzuges.“**

## Der BSBD setzt auf den Nachwuchs

**E**S wird langsam zur Selbstverständlichkeit, in der ersten Jahreshälfte eine Tagung der BSBD-Jugendvertreter zu veranstalten. Auch in diesem Jahr kamen die Nachwuchskräfte in Hagen zu einem 3tägigen Seminar zusammen. Neben der Unterrichtung über die aktuellen gewerkschaftlichen Initiativen und der Erörterung Erfolg versprechender Handlungsalternativen stand die Rhetorikschulung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer sowie die Behandlung von Sicherheitsfragen im Mittelpunkt der Veranstaltung. Die vollzuglichen Nachwuchskräfte zeigten sich mit dem Seminarangebot zufrieden und regten an, den Meinungs- und Gedankenaustausch der Jugendvertreter in Zukunft weiter zu intensivieren.

**Helmut Gülpén** und **Wolfgang Römer** vom BSBD-Landesvorstand erörterten mit den Jugendvertretern das strukturelle Innenleben der BSBD-Familie. „Eine auf dem Ehrenamt aufbauende Gewerkschaftsarbeit hat den unschätzbaren Vorteil zu wissen wovon sie spricht. Hinsichtlich der Qualität der Interessenvertretung sind wir allerdings darauf angewiesen, immer jene Kolleginnen und Kollegen für unsere gemeinsamen Anliegen zu gewinnen, die von ihrer persönlichen Integrität und ihrer Fachkompetenz her die Voraussetzungen erfüllen“, meinten die Gewerkschafter. Deshalb lege der BSBD großen Wert auf seine Jugendarbeit. Schließlich müsse aus diesem Reservoir geschöpft werden, wenn es künftig gelte, gewerkschaftlichen Funktionen überzeugend zu besetzen.

### Jugendvertreter zeigten sich überrascht von dem Facettenreichtum der Themen

Die intensiv und argumentativ ansprechenden Diskussionen drehten sich vorrangig um die beabsichtigte Verschmelzung der Laufbahn des mittleren Verwal-

tungsdienstes mit der des allgemeinen Vollzugsdienstes. Die Jugendvertreter zeigten sich überrascht von dem Facettenreichtum dieses Themas, das nicht nur die Neugestaltung der Ausbildung und die Veränderung der Aufgabenzuweisung umfasst, sondern nicht unerhebliche Auswirkungen auf die beruflichen Entwicklungsperspektiven der Betroffenen haben wird.

### Probleme und Risiken der Arbeit in den Vollzugseinrichtungen diskutiert

Am zweiten Tag standen Sicherheitsrisiken im beruflichen Alltag auf dem „Stundenplan“. **Roland Labatzki** von der JVA Bochum schilderte überaus anschaulich, mit welchen Problemen und Risiken die Arbeit in den Vollzugseinrichtungen des Landes behaftet sein kann. Wenn man sich frühzeitig mit solchen Risiken befasse, so der Referent, und Möglichkeiten der Reaktion erwäge, bleibe man in fast allen denkbaren Problemlagen handlungsfähig und könne seinen Dienst souveräner leisten. Schließlich müsse man nicht jede Erfahrung selbst machen. Es reiche aus, aus

den Erfahrungen der Kolleginnen und Kollegen zu lernen, um auch im Falle von Sicherheitsstörungen planvoll und überlegt reagieren zu können.

Unter Anleitung des stellv. Landesvorsitzenden **Theodor Wiczorek** wurden die Grundlagen im Umgang mit Gesprächsführung und Kommunikation in und vor einer Gruppe in Form von Rollenspielen und verschiedenen Übungen mit den Seminararbeitnehmern erarbeitet. Dem ein oder anderen Seminaristen stand die Aufregung ins Gesicht geschrieben, als er sich mit einem Statement vor der Gruppe präsentieren sollte. Doch das Lampenfieber wich schnell professioneller Aufmerksamkeit, weil sich alle recht bald in die zugewiesenen Rollen einfanden und die harmonische Atmosphäre des Seminars entkrampfend wirkte. In den Rollenspielen wurden zugleich Szenen mit Eskalationspotential aus dem beruflichen Alltag nachgespielt. Das jeweilige Verhalten der Teilnehmer wurde mittels Video-Aufnahmen analysiert und anschließend in der Gruppe diskutiert.

Der Spaß daran, sich mit eigenen Ideen und Vorstellungen zu präsentieren, war allen Teilnehmern anzumerken. Auch die Seminarleitung, die bei **Heike Ziaja** und

**Daniel Kaysers** in besten Händen lag, beteiligte sich aktiv am Geschehen, was von den Seminararbeitnehmern sehr positiv aufgenommen wurde.

Am dritten Tag befasste sich BSBD-Vize **Theo Wiczorek** mit dem Innenleben des BSBD, erläuterte die Entscheidungsabläufe und -kompetenzen in den unterschiedlichen Gewerkschaftsgremien und zeigte den Kolleginnen und Kollegen auf, wie relativ unkompliziert auch Mitglieder ohne Mandat ihre Auffassungen und Vorstellungen in die konkrete Gewerkschaftsarbeit einbringen können. Erfreulich war an allen drei Tagen das harmonische und freundschaftliche Miteinander der Seminar Teilnehmer, die aus Sicht der Seminarleitung eine verschworene Gemeinschaft bildeten. Wir hoffen, dass sich die geknüpften Kontakte als tragfähig erweisen, damit über die Seminare Netzwerke gebildet werden können, die sich auch zukünftig in den Dienst der gemeinsamen Sache stellen lassen.



Die Teilnehmer/innen am Jugendseminar: Sich vor einer größeren Gruppe zu artikulieren und eine bestimmte Meinung zu vertreten ist bei den meisten Zeitgenossen ohne vorherige Schulung ein Problem. Rhetorische Naturtalente wachsen nun mal nicht auf den Bäumen.

Besuchen  
Sie uns im  
Internet  
**WWW.**  
**bsbd-nrw.de**

OV Iserlohn

## Sport, Spiel und Plauderei

Familienfest fand großen Anklang

**D**ienst und das Eintreten für gemeinsame Interessen ist nicht alles, was sich der BSBD-Vorstand in Iserlohn vorstellen konnte. Um über die Grenzen des Dienstes hinaus die Möglichkeit eines intensiveren Kennenlernens zu eröffnen, veranstaltete er ein Familienfest. Der Wettergott meinte es gut. Bei herrlichem Sonnenschein, klarem Himmel und über 20 Grad im Schatten machten sich viele Kolleginnen und Kollegen zusammen mit ihren Partnern und Kindern auf, um einige unterhaltsame, kurzweilige Stunden zu erleben. Vorsitzender Jörg Preuschhoff konnte weit über sechzig Teilnehmerinnen und Teilnehmer begrüßen. Er zeigte sich deshalb nicht wenig überrascht, dass dieses Angebot des Ortsverbandes auf eine derart große Resonanz stieß.



Wer was geleistet hatte, bekam auch eine Belohnung.

Beim Veranstaltungsort hatte der Vorstand ganz auf Natur gesetzt. Ein landwirtschaftlicher Betrieb bot die Möglichkeit für Alt und Jung, den jeweiligen Neigungen nachzugehen. Ein Maislabyrinth diente für die Kleinen als Praxistest für die eigene Orientierungsfähigkeit. Im Erfolgsfall

wurde das positive Gefühl, ein wichtiges Ziel erreicht zu haben, mittels eines Stempels dokumentiert. So war es möglich, auch sein Umfeld unauffällig über die eigenen Fähigkeiten zu informieren. Der Schminkbereich erfreute sich bei den Kindern ebenfalls großer Beliebtheit. Hier



Selbst wenn mal ein Akteur aus dem Gleichgewicht kam, wurde er weich „aufgefangen“.



„Mensch, sehe ich nicht süß aus?“

konnte man unter Anleitung sein Aussehen gravierend verändern. Die Grenzen der Wandlungsfähigkeit bildete das eigene kreative Vorstellungsvermögen. Für die Kinder war es ein großer Spaß. Wer seinem Bewegungsdrang freien Lauf lassen wollte, der fand ebenfalls ein entsprechendes Angebot. Vom Herumtollen in den vorhandenen Strohballen konnten einige „Nachwuchskräfte“ gar nicht genug bekommen. Wenn man seine Kleinen derart gut ver-



„So groß wie Papi wollen wir auch mal werden!“

sorgt weiß, findet man auch die notwendige Muße, um sich den eigenen Bedürfnissen zu widmen. Für das leibliche Wohl war ebenso gesorgt wie für die Möglichkeit, sich beim Boule-Spiel der Leichtigkeit des mediterranen Lebens hinzugeben. Die Organisatoren zeigten sich am Schluss der Veranstaltung überrascht über die hohe Teilnehmerzahl. Weil die Rückmeldungen der Familien überaus positiv ausgefallen sind, plant der Ortsverband, auch im kommenden Jahr eine vergleichbare Veranstaltung zu organisieren.

Glosse

Tach auch

Justus V. Anonymus



Und, wie isset? Wie war der Urlaub? Ich musste leider Dienst schieben. Dafür fahre ich jetzt in den Herbstferien. Mal wat Anderes: Ich muss jetzt mal meine Empörung Luft machen. Hasse dat jehört? Der Finanzminister von unserem schönen Bundesland weist dat LBV an, die ruhehaltfähigen Bezüge nicht mehr von Amts wegen zu prüfen, sondern et mal drauf ankommen zu lassen, ob ein anjehender Pensjonär blöd jenuch is, nich in seine Personal-



akte zu kucken und festzustellen, ob die Berechnung seiner anrechnungsfähigen Dienstzeiten drin is. Dat der eine oder andere tatsächlich blöd jenuch is, sei dahinjestellt, aber dat unser Finanzminister diese Blödheit ausnutzen will, um Jeld zu sparen, da komm ich nich drüber wech.

Anstatt dafür Sorje zu tragen, dat auch der Blödste noch von Vatter Staat für seine Arbeit einen jeruhsamen und jeseicherten Lebensabend verbringen

Schuldenberg

kann, wartet der rejelrecht darauf, dat du verjisst, deine eijenen Anrechnungszeiten zu überprüfen. Wat is dat dann für eine Mentalität? Der reinste Turbokapitalismus!

Ich stell mir vor, wie der Herr Linssen-zähler da auf seinem riesigen Schuldenberch sitzt. Im Internetz steht, der Schuldenberg des Landes Nordrhein-Westfalen beträgt nach dem Stand vom Dezember letzten Jahres rund 116,5 Milliarden Euro, inzwischen vermutlich noch nen bisken mehr.

Ein Fünfhunderteuroschein misst 16 cm x 8,2 cm, hab ich auch aussem

Netz. Ein Stapel mit 1000 druckfrischen Fünfhunderteuroscheinen, also 500.000 Euro, sind, saren wir mal, 10 cm hoch. (Ich hab jetzt mal einen Fünfhunderterpacken Druckerpapier jemesen, der kommt unjefähr auf 5 cm Höhe.)

Auf einen Quadratmeter Fläche passen unjefähr 72 Stapel Fünfhunderteuroscheine, sechs die Länge und 12 in die Breite. Dat sind 36 Millionen, Fürn Kubikmeter dat janze mal 10 = 360 Millionen. Also stecken in einem Kubikmeter Fünfhunderteuroscheine, dicht jepackt, 0,36 Milliarden Euro. Richttich? 116,5 Milliarden Euro sind dann unjefähr 324 Kubikmeter Fünfhunderteuroscheine, dat sind nich jans 7 m x 7 m x 7m, also ein jeräumijes Einfamilienhäuschen. Jeht eijentlich.

Wenn man die Fünfhunderteuroscheine als Teppich auslegen täte, dann käme man übjijens unjefähr auf 3,2 Quadratkilometer, dat is so groß wie die Innenstadt von Wuppertal-Elberfeld, nete Vorstellung. Aber dafür den Beamten auf so unlautere Art in die Tasche greifen. Also nee, Herr Linssen!

So, jetzt muss ich aber los, die Kollegen warten schon. Muss mal gleich in meine Personalakte kucken. Macht jut bis bald.

Justus V. Anonymus

Gesundheitsprophylaxe gewinnt im Vollzug an Bedeutung

Die Arbeit im Strafvollzug zählt nicht ohne Grund zu den gefahrgeneigten Tätigkeiten. Die physischen und psychischen Belastungen sind enorm, so dass auch krankheitsbedingte Ausfallzeiten in überdurchschnittlichem Umfang auftreten. Auch wenn diese Entwicklung in erster Linie dem schweren Dienst geschuldet ist, so ist sie doch beeinflussbar. Die unterschiedliche Häufigkeit von Erkrankungen in den Vollzugseinrichtungen des Landes legt davon beredtes Zeugnis ab. Obwohl die JVA Bielefeld-Senne mit rund 3 Prozent eine äußerst günstige Krankenquote aufweist, ergriff die zuständige Personalsachbearbeiterin die Initiative und organisierte erstmals einen Gesundheitstag. Sie verfolgte damit die Intention, bei den Kolleginnen und Kollegen das Bewusstsein, verstärkt auf die eigene Gesundheit und das eigene Wohlbefinden zu achten, nachhaltig zu stärken.

Die Förderung und Erhaltung der Gesundheit erfordert im Regelfall nur einen geringen Einsatz finanzieller Mittel. Teurer ist auf jeden Fall der Versuch, ausgebrochene Krankheiten zu heilen und die Gesundheit wiederherzustellen. Manuela Wanke organisierte deshalb im Frühsommer zusammen mit dem medizinischen Dienst und zahlreichen fachkundigen Kollegen einen Gesundheitstag. Auf freiwilliger Basis hatten interessierte Kolleginnen und Kollegen Gelegenheit, sich ganz dem eigenen Körper widmen. Ein gewisses „Fremdeln“ war unverkennbar, schließlich wurde für die JVA Bielefeld-Senne Neuland betreten. Wenn man der Resonanz auf die Veranstaltung Glauben schenken darf, dann wurde eine Idee ins Werk gesetzt, deren Zeit gekommen ist. Ziel des Gesundheitstages war es, die Bediensteten über Ernährungsfragen, über Entspannungstechniken, fitnessorientierte Sportmöglichkeiten zu informieren und ihnen die Bedeutung einer effektiven



Nordic-Walking ist ein gutes Angebot für die Verbesserung der täglichen Bewegungsbilanz.



Für die tägliche Vitaminzufuhr fast unentbehrlich: Frucht- und Gemüsesäfte. Die zubereiteten Säfte waren nicht nur gesund, sie überzeugten auch geschmacklich.

weg gesund zu. Die üblichen Erfrischungsgetränke wurden konsequent durch Frucht- und Gemüsesäfte ersetzt. Nach der Definition der Weltgesundheitsorganisation ist **Gesundheit ein Zustand vollkommenen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefindens und nicht die bloße Abwesenheit von Krankheit oder Gebrechen**. Personalsachbearbeiterin **Manuela Wanke**, die von diesem ganzheitlichen Gesundheitsbegriff überzeugt ist, misst besonders der Arbeitszufriedenheit und einem guten Betriebsklima einen hohen Stellenwert bei. „Zwar ist unser Betriebsklima sehr gut und der Krankenstand entsprechend niedrig, doch muss man sich jeden Tag neu bemühen, dass die Verhältnisse bleiben wie sie sind. Ein gutes Klima in einer Institution ist ein labiler Zustand.“

„Es ist eine gute Sache, pfleglich mit sich selbst umzugehen“

Dass die Veranstaltung ein voller Erfolg war und großen Anklang gefunden hat, er-

Gesundheitsprophylaxe bewusst zu machen. Diese Informationsangebote wurden kombiniert mit zahlreichen Möglichkeiten, sich körperlich zu betätigen. Es wurden unter fachlicher Anleitung zahlreiche Trainingsmöglichkeiten geschaffen, die auf großen Zuspruch trafen. Das Ausprobieren von ungewohnten Bewegungsabläufen regte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an, bewusst etwas für ihre Gesundheit zu tun.

Unter dem Ansatz, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einen wesentlichen



Manuela Wanke freute sich über die positive Resonanz der Kolleginnen und Kollegen auf den ersten Gesundheitstag

Teil ihres Lebens an ihrem jeweiligen Arbeitsplatz verbringen, umfasste der Gesundheitstag auch Informationen und praktische Übungen zum Stressphänomen und zu Entspannungstechniken. Negativer Stress macht einen Menschen



Kontrolliertes und bewusstes Atmen ist äußerst wichtig, um Körper und Geist in ausgewogener Balance zu halten. Yoga ist eine gute Methode, dieses Gleichgewicht zu erzeugen.

krank, daran gibt es keinen Zweifel. Um diesem alltäglichen Phänomen sinnvoll zu begegnen, wurden den Teilnehmerinnen und Teilnehmern unterschiedliche Entspannungstechniken vorgestellt. Sie konnten sich mit dem fernöstlichen „Thai Chi Chuan“ aber auch mit „Yoga“ vertraut machen und deren Wirkungsweisen im Rahmen praktischer Übungen testen.

Eine eingerichtete Bücher- und Informationsecke bot Gelegenheit, sich über zahlreiche Themen der Gesundheitsförderung eingehend zu unterrichten. Broschüren, Kalorientabellen und Entspannung-CDs standen für das Eigenstudium und zur praktischen Durchführung von Übungen zur Verfügung.

Auch während der Pausen ging es durch-

gab sich nicht nur aus der Fragebogenaktion, sondern das konnte jeder feststellen, der sich einen persönlichen Eindruck verschaffen konnte. Ein Teilnehmer vermerkte auf dem ausgegebenen Fragenbogen: „Es ist eine gute Sache, pfleglich mit sich selbst umzugehen.“

**Gesundheitstag zu einer festen Einrichtung machen**

Die Bielefelder Kolleginnen und Kollegen waren sich jedenfalls einig, das die Veranstaltung einmal die Beschäftigten mit ihren Wünschen und Bedürfnissen in den Blick genommen hat. Überwiegend sprachen sie sich dafür aus, den Gesundheitstag zu einer festen Einrichtung zu machen.



## Rainer Wegener, Leiter der JVA Hamm, verstorben



Nach kurzer, schwerer Krankheit ist am 22. Juni 2009 der Leiter der Justizvollzugsanstalt Hamm, Regierungsdirektor Rainer Wegener, plötzlich und unerwartet verstorben. Im Kreise von Angehörigen, Freunden und beruflichen Wegbegleitern fand die Trauerfeier und Beisetzung am 26. Juni 2009 in Münster-Hiltrup statt. Tiefbewegt, erschüttert und voller Mitgefühl nehmen die Strafvollzugsbediensteten Abschied von einer aufrechten Persönlichkeit, einem fachkompetenten, geschätzten Kollegen, dessen Wirken unvergessen bleiben wird.

Als Leiter der JVA Hamm hat Rainer Wegener Behandlungsorientierung und Sicherheitsbedürfnis der Allgemeinheit in einem ausgewogenen Verhältnis zueinander gehalten. Er hat die Entwicklung der Justizvollzugsanstalt Hamm zu einer auch in der öffentlichen Wahrnehmung akzeptierten Einrichtung eines auf Rückführung in das gesellschaftliche Leben angelegten Strafvollzuges maßgeblich voran getrieben.

Sein Wirken, seine Ideen und Gedanken haben auf den Strafvollzug und das Bewusstsein seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter großen Einfluss ausgeübt. Seinem Beruf als Jurist im Strafvollzug in besonderer Weise verpflichtet, war ihm eine auf Wiedereingliederung und Rückfallvermeidung ausgerichtete Vollzugsgestaltung ein erkennbar persönliches Anliegen.

Wir trauern mit seinen Angehörigen um einen verdienten Kollegen, der mehr als seine Pflicht tat; wir trauern um einen gütigen, verständnisvollen, lieben Menschen, der vielen seiner Kolleginnen und Kollegen freundschaftlich verbunden war.

Wir werden unserem Kollegen, Regierungsdirektor Rainer Wegener, ein ehrendes und uns allzeit verpflichtendes Andenken bewahren und uns mit Wehmut seiner erinnern.

Düsseldorf, im Juni 2009

Für den  
**Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands**  
**Landesverband Nordrhein-Westfalen**  
**Klaus Jäkel**  
 Landesvorsitzender

Hünfeld, Offenburg, Burg und Co.

## Was tut sich an der „Privatisierungsfront“?

**S**eit dem Regierungswechsel 2005 ist die Privatisierung bzw. Teilprivatisierung im NRW-Strafvollzug glücklicherweise kein Thema mehr. Die insoweit mit der Politik getroffenen Vereinbarungen haben sich als tragfähig erwiesen. Im Vorfeld der am 09. Mai nächsten Jahres stattfindenden Landtagswahl hat die BSBD-Landesleitung beschlossen, den Parteien Wahlprüfsteine zur Beantwortung vorzulegen, damit die Strafvollzugsbediensteten noch vor dem Urnengang wissen, was sie von den einzelnen politischen Kräften im Hinblick auf den Strafvollzug, dessen Ausgestaltung sowie bezüglich des Dienst-, Besoldungs- und Versorgungsrechts zu erwarten haben. Einen besonderen Schwerpunkt bei diesen Prüfsteinen wird selbstverständlich die Haltung der Parteien zur Privatisierung im Bereich des Strafvollzuges einnehmen.

Das neoliberale „Rollkommando“ in der Privatisierungsdiskussion, die Anfang des neuen Jahrtausends aus Amerika und den angelsächsischen Staaten nach Deutschland überschwappte, bildet zweifellos das Land Hessen. Nach erheblichen Schwierigkeiten, eine teilprivatisierte Vollzugseinrichtung in Schlüchtern zu errichteten, nahm man letztlich viel Geld in die Hand, um die Zustimmung einer Kommune für den Bau einer solchen Experimentieranstalt zu erhalten. Im osthessischen Hünfeld wurde man fündig. Hier wird seit 2005 zusammen mit dem englischen Dienstleister Serco die erste teilprivatisierte Vollzugseinrichtung auf deutschem Boden betrieben. Auch wenn sich die CDU-geführte Landesregierung als Protagonist einer neuen Zeit im Strafvollzug fühlt, ist bislang nicht viel Zählbares aus diesem Experiment hervorgegangen. Solange sich die Vollzugsanstalt in der Pla-

nungs- und Bauphase befand, konnte man zahlreiche Besucher und interessierte Ministeriumsvertreter anderer Bundesländer mit Hochglanzbroschüren beeindrucken. Jetzt hingegen scheitert die Einrichtung an dem praktischen Vergleich mit rein staatlichen Einrichtungen. Vor Jahren hieß es noch: „Von Hessen lernen, heißt siegen lernen!“ Jetzt aber werden die Verantwortlichen der Politik in Bezug auf die Privatisierung vollzoglicher Aufgaben allmählich nachdenklich. Nur Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt haben den hessischen Fehler nachvollzogen und ebenfalls jeweils eine teilprivatisierte Vollzugsanstalt ans Netz gebracht. Sowohl in Offenburg als auch in Burg streben diese Einrichtungen jetzt ihrem unvermeidlichen Scheitern entgegen. Selbst das so privatisierungsfreudige Berlin wird im Hinblick auf die Errichtung der JVA Heidering zurückhaltender. In Hessen



Seit Februar 2009 Justizminister des Landes Hessen, Jörg-Uwe Hahn. Als Oppositionspolitiker forderte einen offenen, ehrlichen Umgang mit den Vor- und Nachteilen der teilprivatisierten JVA Hünfeld. Als zuständiger Ressortchef will er hiervon augenscheinlich nichts mehr wissen und den Vertrag mit der Fa. Serco vorzeitig verlängern.

sind die Nachfolger des einstigen Privatisierungsgurus **Dr. Christean Wagner** mit Schadensbegrenzung befasst. Die viel zu euphorischen Vorstellungen über den Umfang der erreichbaren Einsparpotentiale sind tiefer Ernüchterung gewichen. Trotzdem wird weiter an diesem verfassungsrechtlich überaus bedenklichen Projekt festgehalten. Nach den Ergebnissen der ersten Betriebsjahre hat die JVA

Hünfeld bislang so ziemlich jedes angestrebte Ziel verfehlt. Man hat nicht nur keine Einsparungen erzielen können, nein, im Vergleich mit staatlichen Einrichtungen waren sogar Mehrkosten zu beklagen. **Das ist ein verheerendes Resultat.** Die deutlich schlechter bezahlten Serco-Mitarbeiter haben mit ihrem im Vergleich zu öffentlich Bediensteten geringeren Gehältern lediglich dafür gesorgt, dass Serco ein ordentliches Betriebsergebnis erzielen konnte, für den Steuerzahler rechnet sich dieser Einkommensverzicht jedoch immer noch nicht.

### ■ JVA Hünfeld verfehlt Einsparziele

Als Hauptargument für die Teilprivatisierung der JVA Hünfeld galt seinerzeit die Aussicht auf deutliche Kostenersparnisse bei zumindest gleicher Qualität. Angestrebt wurde eine Beschäftigungsquote der Gefangenen von durchschnittlich 70 Prozent; die erwartete Kostenreduzierung wurde mit 660.000 Euro pro Jahr beziffert. Trotz des Einsatzes von „Billigpersonal“ der Firma Serco sind diese Zielsetzungen deutlich verfehlt worden. Hinsichtlich des



**Die JVA Hünfeld hat die mit der Teilprivatisierung angestrebten Ziele um Längen verfehlt. Sie ist finanziell nicht günstiger und sie leistet auch nur bescheidene Beiträge zur Wiedereingliederung von Straftätern.**

finanziellen Aufwandes werden durch das hessische Justizministerium die Vollzugseinrichtungen Hünfeld und Darmstadt verglichen. Das betriebswirtschaftliche Ergebnis der JVA Darmstadt konnte Hünfeld allerdings nicht erreichen. Weil nicht sein kann, was nicht sein darf, wird jetzt bestritten, dass die beiden genannten Vollzugseinrichtungen vergleichbar sind. Dies ist eine überaus durchsichtige Strategie, die offensichtlich das Ziel verfolgt, nicht einräumen zu müssen, dass die neoliberalen Wunschträume der Vergangenheit den Vergleich mit der Wirklichkeit nicht aushalten.

Nachdem das Justizressort seit Februar 2009 durch Jörg-Uwe Hahn (FDP) geleitet wird, hat nicht mehr Realitätssinn Einzug gehalten. Auch er scheint die Intention zu verfolgen, dass Hünfeld ein Erfolg zu sein hat, komme da was da wolle. **Erst im September 2009 hat er angekündigt, den Vertrag mit der Firma Serco vorzeitig verlängern zu wollen.**

Nicht nur betriebswirtschaftlich ist Hün-



**Dr. Andreas Jürgens, rechtspolitischer Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, will dem Ansinnen des Justizministers nicht widerstandslos nachgeben. Besonders die Zahlung von 800.000 Euro Umsatzsteuer für die JVA Hünfeld will er hinterfragen.**

feld ein Flop, auch die überproportional hohe Personalfuktuation bei dem privaten Dienstleister ist ein schweres Handicap für eine sachgerechte Aufgabenwahrnehmung. Selbst die nicht gerade sehr ehrgeizige Beschäftigungsquote der Gefangenen wird nur erreicht, weil ein „Jobsharingverfahren“ eingeführt wurde und zahlreiche Gefangene nur eine Teilzeitbeschäftigung ausüben.

Im Werkbetrieb Konfektionieren werden auf einer Produktionsfläche von 250 qm arbeitstäglich bis zu 120 Gefangene beschäftigt. Wie soll das funktionieren, es sei denn mehrere Gefangene teilen sich einen Arbeitsplatz. Auch insoweit geht die Administration nicht ehrlich mit der Bewertung des Modellprojektes um. Richtig ist, dass Arbeit eine große Bedeutung für die Wiedereingliederung hat. Dafür müssen die Gefangenen qualifiziert vorbereitet und an vollschichtiges Arbeiten gewöhnt werden. Dieses Ziel wird von der JVA Hünfeld deutlich verfehlt und kann schon auf Grund der unzureichend dimensionierten Produktionsflächen gar nicht erreicht werden.

### ■ Die Gesellschaft benötigt keinen Billig-Vollzug!

Die von Justizminister **Jörg-Uwe Hahn** (FDP) beabsichtigte vorzeitige Vertragsverlängerung mit der Fa. Serco wird jetzt ein parlamentarisches Nachspiel haben. Der rechtspolitische Sprecher der Grünen, **Dr. Andreas Jürgens**, sieht erheblichen Diskussions- und Klärungsbedarf. Hierfür sei der Unterausschuss Justizvollzug der richtige Ort. Er verwies auch darauf, dass der Justizminister noch als Oppositionspolitiker gefordert hatte, dass über eine Vertragsverlängerung erst nach Vorlage eines Evaluationsberichtes und nach Bewertung des Modellprojektes durch den Ausschuss entschieden werden dürfe. Jetzt will der Minister von seinen eigenen Forderungen augenscheinlich nichts mehr wissen. Selbst der Koalitionspartner der Liberalen, die CDU, zeigte sich über das Vorpreschen des Ministers überrascht, brüskiert und verärgert, weil er die

Informationen über diesen Vorgang der Presse entnehmen musste.

Diskussions- und Bewertungsbedarf sieht **Dr. Andreas Jürgens**, Bündnis 90/Die Grünen, vor allem bei der Umsatzsteuerbelastung des Projektes in Höhe von 800.000 Euro pro Jahr. Diese Umsatzsteuer müsse vom Land Hessen getragen werden und gehe dann zum überwiegenen Teil an den Bund und in den Länderfinanzausgleich.

### ■ Die Gesellschaft benötigt einen wirksamen Strafvollzug

Für Vollzugspraktiker ist schon jetzt klar, dass das verfassungsrechtlich bedenkliche Experiment Hünfeld kläglich gescheitert ist. Die politischen Verantwortungsträger sind deshalb aufgerufen, die Privatisierung vollzoglicher Aufgaben generell aufzugeben und sich stattdessen auf die qualitative Fortentwicklung des Vollzuges zu konzentrieren. **Hier besteht die größte Aussicht auf gesellschaftlichen Mehrwert, weil nur jede gelungene Wiedereingliederung die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger erhöht.**

Auch aus nordrhein-westfälischer Sicht gilt es, die weiteren Entwicklungen genau zu beobachten. Der Politik ist zu verdeutlichen, dass die Beendigung aller risikobehafteten Experimente das Gebot der Stunde ist. Strafvollzug ist in seiner Gesamtheit ein hoheitliches Handlungsfeld, das nicht in seine Einzelteile zerschlagen werden darf. Auch im Strafvollzug gilt der Grundsatz: Behandlung ist mehr als die Summe ihrer Bestandteile. **Wer einen auf Effizienz angelegten Strafvollzug will, der straffällig gewordenen Menschen eine zweite Lebenschance eröffnet, der muss sich für einen Vollzug als staatliche Kernaufgabe aussprechen. Nur ein Strafvollzug, der sich ausschließlich an der gesetzlichen Zielsetzung orientiert, ist nach Einschätzung des BSBD geeignet, das Rückfallrisiko deutlich zu reduzieren.**



**Das sieht von außen ein bisschen nach Guantanamo aus. Dabei werden hier nur Gefangene mit leichten und mittelschweren Straftaten untergebracht. Dies hat sich die Gemeinde Hünfeld von der Landesregierung zusichern lassen. Hinter diesen martialisch wirkenden Sicherungsanlagen werden Gefangene untergebracht, die sich in anderen Bundesländern im offenen Vollzug befänden. Wenn man die Kosten mit dem offenen Vollzug vergleicht, dann entstehen in Hünfeld doppelt so hohe Kosten wie für den Schutz der Allgemeinheit notwendig wären.**

OV Bielefeld-Oberems

## **Kräftige Muskeln brachten die Sache ins Rollen**

Betriebsfest war ein voller Erfolg

„Wenn wir uns schon mit uns selbst beschäftigen, dann machen wir es richtig“, war die Auffassung des Vorstandes, als er von der Organisation eines Gesundheitstages in der JVA Bielefeld-Senne erfuhr. Schnell waren die organisatorischen Voraussetzungen geschaffen, den Gesundheitstag mit einem zünftigen Betriebsfest ausklingen zu lassen. Ulrich Biermann, Ortsverbandsvorsitzender, konnte dann am 26. Juni 2009 auch zahlreiche Kolleginnen und Kollegen begrüßen, die gemeinschaftlich einige schöne Stunden verbringen wollten.



**Welche Eleganz, welche Grazie! Die Damen waren in Klasse bis 55 kg einfach nicht zu schlagen.**

Die Organisation hatte sich auf alles vorbereitet und selbst wechselnde Witterungsbedingungen einkalkuliert, um die Veranstaltung einen Erfolg werden zu lassen und eine gemütliche Atmosphäre zu schaffen. Bevor man sich aber dem süßen Nichtstun zuwenden konnte, waren kräftige Muskeln gefragt. Mannschaften von drei Personen wurden gebildet, ein Seil an einem Lkw befestigt und dann wurde gezogen, was das Zeug hielt. Auch wenn es nur um die Ehre und kleinere Sachpreise ging, so wurde der ostwest-

fälische Ehrgeiz durch diesen Wettbewerb doch richtig stimuliert. Seile und Muskeln spannten sich. Manches T-Shirt näherte sich der Reißgrenze, wenn sich die Protagonisten anstrebten, um den Rollwiderstand des tonnenschweren Lkw zu brechen. Jene Teams, denen es gelang, die Rollbewegung des Lkw nicht erlahmen zu lassen, sollten am Ende die ersten Plätze belegen. Und dabei zeigte sich abermals: Es kommt nicht nur auf die schiere Kraft an, sondern auch auf Technik und Strategie.



**Auch wenn die Damen durch Leistung überzeugten, fanden sich immer noch Herren, die sich taktisch-strategische Ratschläge nicht verkneifen konnten.**



**Die Führungskräfte unter sich, noch besteht absolutes Vertrauen in die eigene Stärke. Mit dem Selbstbewusstsein und der Abklärtheit der Erfahrenen macht sich das Team startklar.**

Besonders die Damenteams wussten zu überzeugen. Hatte man anfangs noch geglaubt, diese Teams würden das Fahrzeug nicht in Bewegung bringen können, sah man sich schnell eines Besseren belehrt. Die Damen kämpften ehrgeizig, motiviert und überaus erfolgreich. Dabei ließen sie auch einige Herrenteams „alt“ aussehen. Nach getaner Arbeit und der obligatorischen Siegerehrung widmeten sich die Kolleginnen und Kollegen dem gemütlichen Teil der Veranstaltung. Hatte der ein oder andere im Vorfeld des Betriebsfestes noch Bedenken geäußert, ob die als schweigsam und verschlossen geltenden Ostwestfalen in dieser Disziplin würden überzeugen können, so mussten diese Kritiker schnell erkennen, dass im Zuge der Globalisierung auch die Weltläufigkeit



**Nach anstrengendem Wettbewerb brauchten die Akteure zunächst eine Erfrischung.**

Einzug im sonst so beschaulichen Ostwestfalen gehalten hat. Folglich war man nicht ausschließlich darauf angewiesen, sich mit beruflichen oder Themen des alltäglichen Lebens zu befassen. Auch Berichte über den Besuch ferner Ecken der Erde, über amateur-archeologische Exkursionen oder Reisen an die Stätten einstiger Hochkulturen bereicherten das Repertoire der „Geschichtenerzähler“. Da zu Phasen der Konzentration auch immer solche der Entspannung gehören, wurde den Grillgerichten und den Getränken reichlich zu gesprochen. In dieser Hin-



Das Küchenteam hielt einen hohen Qualitätsstandard. Das leibliche Wohl der Kolleginnen und Kollegen lag bei dieser Crew in besten Händen.

sicht hatte das Küchenteam ganze Arbeit geleistet und auf rustikalem Niveau die ein oder andere Gaumenfreude gezaubert. Dieser altruistische Einsatz im Dienste der Kolleginnen und Kollegen trug dann auch ganz wesentlich zum Erfolg der Veranstaltung bei. Weil der **BSBD**-Vorstand wusste, dass nur ein gesättigter Ostwestfale ein zufriedener Ostwestfale ist, war entsprechend vorgesorgt worden. Die angeregten Unterhaltungen, die mit zunehmender Dauer und Vertrautheit leicht humorige Züge annahmen, erstreckten sich noch weit in den Abend.

Der **BSBD**-Vorstand konnte mit der Veranstaltung zufrieden sein, weil nur positive Rückmeldung sein Ohr erreichten. Es ist daher beabsichtigt, das jährliche Betriebsfest zu einer Traditionsveranstaltung werden zu lassen.

Haushalt 2010

## Landesregierung erklärt für 2010 die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts

**U**nzweifelhaft befinden wir uns gegenwärtig in einer tiefgreifenden Wirtschafts- und Finanzkrise. Durch verstärkte Investitionen der öffentlichen Haushalte die Behebung der Lage anzustreben, hat sich während des laufenden Jahres durchaus als erfolgreich erwiesen. Das befürchtete dramatische Ansteigen der Arbeitslosenzahlen hat sich glücklicherweise nicht eingestellt. Trotzdem bereitet die Aufstellung des Haushalts NRW-Finanzminister Dr. Helmut Linssen großes Kopfzerbrechen. Eigentlich war für das Ende der laufenden Legislaturperiode der gänzliche Verzicht auf neue Schulden geplant. Die Weltwirtschaftskrise hat die Realisierung dieses Vorhabens verhindert. Damit wird es schwieriger, sich den Bürgerinnen und Bürgern als klugen Sachwalter der Landesfinanzen zu präsentieren. Die Erfolge sind nämlich nicht mehr absolut, sondern nur noch relativ.

Bei der Vorstellung seines Haushalts hat der Finanzminister nachdrücklich darauf hingewiesen, dass das ehrgeizige Ziel, zu Beginn des nächsten Jahrzehnts einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, ein Opfer der Krise geworden ist. Ende des laufenden Jahres wird die Gesamtverschuldung des Landes auf rd. 121 Mrd. Euro angewachsen sein.

Der Minister erläuterte, dass diese Entwicklung zwar bedauerlich sei, die Landesregierung aber nicht aufhören werde, in die Zukunft zu investieren. Er machte ebenfalls klar, dass die Schuldenbremse nicht gelöst werde. Der Anstieg der Neuverschuldung beruhe einzig und allein auf dem Wegbrechen der Steuereinnahmen. So habe das Land 2008 noch 42,1 Mrd. Euro an Steuern eingenommen. Für das Jahr 2010 plane er mit lediglich 37 Mrd. Euro.

Insgesamt sieht Minister **Linssen** Nordrhein-Westfalen noch gut aufgestellt, weil man bei der Schuldenbegrenzung gute Fortschritte gemacht habe. Trotz der Belastungen durch die größte Wirtschaftskrise seit dem Bestehen der Bundesrepublik Deutschland werde die höchste Neuverschuldung des Landes von 2004 in Höhe von 6,7 Mrd. Euro im kommenden Jahr deutlich unterschritten. Dies ist nach Ein-

schätzung des Finanzministers ein Beleg dafür, dass die Regierung in den zurückliegenden guten Jahren solide gewirtschaftet hat. Bedacht werden müsse immerhin, dass im Jahre 2004 ein Zuwachs von 1,2 Prozent beim Bruttoinlandsprodukt bestanden habe, so der Minister, während 2009 das Bruttoinlandsprodukt nach Einschätzung der Bundesregierung um über fünf Prozent zurückgehen werde. Für 2010 geht Finanzminister **Dr. Helmut Linssen** davon aus, dass ein weiteres Absinken der Wirtschaftsleistung vermieden werden kann.

### Wirtschaftliches Gleichgewicht ist gestört

Um nicht gezwungen zu sein, auch die Investitionen, die nach Artikel 83 der Landesverfassung in der Regel nicht niedriger als die Nettoneuverschuldung sein dürfen, aufstocken zu müssen, hat der Finanzminister die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts erklärt. Die Investitionen bleiben voraussichtlich fast 2,9 Mrd. Euro unterhalb dieser Verfassungsgrenze.

Ihren politischen Gestaltungswillen will die Landesregierung auch in der Krise beibehalten. Mit dem Haushalt werden deshalb einige Schwerpunkte verfolgt. Um in



**Dr. Helmut Linssen ist fest davon überzeugt, trotz der weltweiten Wirtschaftskrise einen soliden Haushaltsentwurf für das kommende Jahr vorgelegt zu haben. Die Planungen überforderten auch künftige Generationen nicht, weil die Nettoneuverschuldung moderat ausfalle.**

die Zukunft unserer Kinder zu investieren, sollen 920 zusätzliche Lehrerstellen geschaffen und der Offene Ganztag in allen Schulformen gestärkt werden. Zudem werden 127 Millionen Euro eingesetzt, um die Zahl der Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren auf 77.000 Plätze auszubauen. Aber es wird auch Verlierer bei der Verteilung der Haushaltsmittel geben. Und die finden sich – wiederum – im öffentlichen Dienst.

Einerseits soll bei der Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamten und

Versorgungsempfänger gespart werden. Andererseits wird der Stellenabbau fortgeführt. Gegenüber 2009 wird der Personalhaushalt um 459 Stellen abnehmen. Das Land Nordrhein-Westfalen weist für das Jahr 2010 nur noch 284.351 Stellen im Haushalt aus.

**Stellenabbau im öffentlichen Dienst wird fortgeführt**

Mit sichtlichem Stolz macht Finanzminister **Dr. Helmut Linsen** darauf aufmerksam, dass die Landesregierung den Personalbestand um 2.702 Stellen im Zeitraum von 2005 bis 2010 zurückgefahren habe. Dieses Ergebnis sei erreicht worden, obwohl 11.633 Stellen – überwiegend Lehrerstellen – neu geschaffen worden seien. In anderen Bereichen der Landesverwaltung seien insgesamt 14.335 Stellen abgebaut worden. Hierin sieht der Finanzmi-

nister einen politischen Erfolg, weil der angestrebte Personalabbau tatsächlich in Angriff genommen worden sei.

Finanzminister **Dr. Helmut Linsen** sieht seinen Haushalt unter dem Druck der gesamtwirtschaftlichen Lage.

Die Landesregierung wolle und könne nicht gegen die Krise ansparen. Es komme vielmehr darauf an, dass die Wirtschaft schnell wieder Boden unter die Füße bekomme, damit sich die Einnahmeseite des Haushalts deutlich verbessern könne. Zudem mahnte er Ausgabendisziplin für die Zeit nach der Bewältigung der Krise an.

Gerade bei steigenden Einnahmen müsse die Nettoneuverschuldung zurückgeführt werden, müssten die Schulden zurückgezahlt werden, damit die Belastungen für künftige Generationen nicht ins Uferlose anwachsen.



Mit dem Haushalt 2010 investiert das Land vorrangig in die Schulen, alle übrigen Bereiche gehen weitgehend leer aus.

## Eckdaten des Haushaltsentwurfs 2010

	2006 Ist	2007 Ist	2008 Ist	2009 einschl. 1. Nachtr.	2010 Entwurf
<b>Haushaltsvolumen</b>	47,8 Mrd. €	50,0 Mrd. €	51,3 Mrd. €	55,2 Mrd. €	53,3 Mrd. €
<b>Steuereinnahmen</b>	37,0 Mrd. €	40,5 Mrd. €	42,1 Mrd. €	38,9 Mrd. €	37,0 Mrd. €
<b>Nettoneuverschuldung</b>	3,24 Mrd. €	1,86 Mrd. €	1,12 Mrd. €	5,61 Mrd. €	6,60 Mrd. €
<b>Investitionen (Investitionsquote<sup>2</sup>)</b>	4,4 Mrd. € (9,1 %)	4,4 Mrd. € (8,7 %)	4,6 Mrd. € (8,9 %)	7,1 Mrd. € <sup>3</sup> (12,9 %)	5,1 Mrd. € (9,6 %)
<b>Zinsausgaben (Zinsausgabenquote<sup>2</sup>)</b>	4,63Mrd. € (9,7 %)	4,74 Mrd. € (9,5 %)	4,82 Mrd. € (9,4 %)	4,82 Mrd. € (8,7 %)	4,64 Mrd. € (8,8 %)

## Heute schon gelacht?

**Eigenwillige Sichtweise**

Ein Mädchen geht am Strand spazieren. Plötzlich hört es eine Stimme: „Hey, küss mich! Ich bin ein verwünschter Anwalt. Wenn du mich küsst werde ich mich zurückverwandeln!“ Das Mädchen schaut in die Richtung, aus der die Stimme kam und erblickt einen Frosch. Sie nimmt den Frosch und legt ihn in ihre Handtasche.

Am Abend zeigt sie den Frosch einer Freundin. Der Frosch sagt wieder: „Los küss mich! Du wirst es nicht bereuen!“ Das Mädchen packt ihn jedoch zurück in die Tasche. Als sie den Frosch einer weiteren Freundin zeigt, tönt dieser wiederum: „Warum küsst du mich nicht? Ich werde dich reich machen!“ Aber das Mädchen reagiert nicht und legt ihn zurück in ihre Handtasche. Während sie den Frosch einer dritten Freundin zeigt, ruft dieser sehr verärgert aus: „Viel- leicht verstehst du mich nicht rich-

tig, ich sagte, ich bin ein verzauberter Anwalt und wenn du mich küsst, mache ich dich reich!“ Darauf erwidert das Mädchen: „Warum sollte ich? Ein Anwalt ist nichts wert. Es gibt so viele davon. Aber ein sprechender Frosch ist einfach irre.“

**Aus einer Schadensmeldung an die Versicherung:**

„Ich trat auf die Straße. Ein Auto fuhr von links direkt auf mich zu. Ich dachte, es wollte noch vor mir vorbei, und trat wieder einen Schritt zurück. Es wollte aber hinter mir vorbei. Als ich das merkte ging ich schnell zwei Schritte vor. Der Autofahrer hatte aber ebenfalls reagiert und wollte nun wohl doch vor mir vorbei. Er hielt an und kurbelte die Scheibe herunter. Wütend rief er: 'Nun bleiben Sie doch endlich stehen, Sie!' Das tat ich auch – und dann hat er mich überfahren.“

**So ist das Leben!!!**

Ein kleiner Mann sitzt traurig in der Kneipe, vor sich ein Bier. Kommt ein

richtiger Kerl herein, haut dem kleinen auf die Schulter und trinkt dessen Bier aus. Der Kleine fängt an zu weinen. Der große tröstet: „Nu hab dich nicht so, du memmiges Weichei. Wer wird denn gleich flennen wegen einem Bier!“ Der Kleine: „Na, dann pass mal auf. Heute früh hat mich meine Frau verlassen, Konto abgeräumt, Haus leer! Danach habe ich meinen Job verloren! Ich wollte nicht mehr leben, legte mich aufs Gleis. Umleitung! Ich wollte mich erhängen. Strick gerissen! Ich wollte mich erschießen. Revolver klemmt! Und nun kaufe ich von meinem letzten Geld ein Bier, kippe Gift rein und du säufst es mir weg.“

**So ist es!**

„Meine Damen und Herren“, sagte der Mathematik-Professor, wie oft soll ich es Ihnen eigentlich noch erklären – es gibt keine größere und keine kleinere Hälfte, eine Hälfte ist eben eine Hälfte – aber ich sehe schon, die größere Hälfte von Ihnen begreift es nie!“

## Weitere Öffnung des gehobenen Dienstes für Spitzenfunktionen des allgemeinen Vollzugsdienstes und des Werkdienstes

**D**er Landtag von Nordrhein-Westfalen hat mit dem Haushaltsgesetz 1997 gleichzeitig das Gesetz zur Überleitung vom mittleren in den gehobenen Dienst im Justizvollzug verabschiedet und damit den gehobenen Dienst bis zur Besoldungsgruppe A 10 für Spitzenfunktionen des mittleren Dienstes geöffnet. Seit dieser Zeit setzt sich der BSBD nachdrücklich dafür ein, die Verbesserung der Besoldungsstruktur in den Laufbahnen des allgemeinen Vollzugsdienstes und des Werkdienstes zu einem vorläufigen Abschluss zu bringen. Seit Jahren hat die Politik stets auf die prekäre Haushaltslage verwiesen und keinen Finger gerührt.

Jetzt aber scheint Bewegung in die Angelegenheit zu kommen. Die gewerkschaftlichen Initiativen des BSBD haben ihren Niederschlag in einem Gesetzentwurf gefunden, mit dem zwei Drittel der Funktionsträger in die Besoldungsgruppen A 10 und A 11 BBO übergeleitet werden können. Der Entwurf wird gegenwärtig durch die parlamentarischen Gremien beraten und dann dem Parlament voraussichtlich noch in diesem Jahr zur Schlussabstimmung vorgelegt.

Die Realisierung dieser langjährigen BSBD-Forderungen wäre ein weiterer entscheidender Schritt hin zu einer leistungs- und aufgabenangemessenen Besoldung in den Laufbahnen des allgemeinen Vollzugsdienstes und des Werkdienstes. In den zurückliegenden zehn Jahren wurden



Justizministerin Roswitha Müller-Piepenkötter, hier im Gespräch mit Klaus Jäkel (re.) und Ulrich Biermann (li.) vom BSBD-Landesvorstand, ist die funktionsgerechte Besoldung der Leitungsfunktionen in den Laufbahnen des allgemeinen Vollzugsdienstes und des Werkdienstes ein wichtiges Anliegen. Sie hat jetzt einen entsprechenden Gesetzentwurf zur Verbesserung der Besoldungsstruktur auf den Weg gebracht.

in dieser Frage fiskalpolitische Rängeleien auf dem Rücken der Kolleginnen und Kollegen ausgetragen. Diese Zeiten sind hoffentlich vorbei.

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf wird der Gedanke des ersten Überleitungsgesetzes fortgeschrieben. Die durch den

BSBD verfolgte Intention, die Inhaberinnen und Inhaber von Leitungsfunktionen in den beiden Laufbahnen funktionsgerecht besolden zu können, hat die Politik augenscheinlich überzeugt. Über den Fortgang des Gesetzgebungsverfahrens werden wir weiter berichten.

## Kein Geld für neues Projekt

**J**etzt kommt Unterstützung aus einer Ecke, aus der man sie nicht vermutet hätte. Die Wirtschaftskrise scheint die Finanzen des Landes Baden-Württemberg derart ruiniert zu haben, dass kein Geld mehr vorhanden ist, um die schleichende Privatisierung des Jugendvollzuges zu finanzieren. In Baden-Württemberg und Brandenburg hat man einen fragwürdigen Gegensatz von Strafe und Erziehung hergestellt. Dem Strafvollzug werden die Aufgaben der Repression und Prävention zugewiesen, während der „Knastr ohne Mauern“ für die Erziehungsarbeit zuständig sein soll. In Baden-Württemberg sind zwei solcher Einrichtungen im Betrieb. Die Einrichtung einer dritten Institution wurde jetzt aus Kostengründen auf Eis gelegt.

Seit einigen Jahren ist Baden-Württemberg darum bemüht, speziell den Jugendstrafvollzug durch vermeintlich effizientere, wirkungsvollere Alternativen zu ersetzen. Erklärtes Ziel ist es, auf Jugenddelinquenz angeblich intelligenter als bislang zu reagieren. Die neoliberalen Vorstellungen von Justizminister Professor Dr. Goll beginnen sich langsam durchzusetzen. Diese Entwicklung bewirkt, dass die Frage, ob sich der vorhandene Jugendvollzug nachhaltig verbessern lässt, gar nicht mehr gestellt wird.

Wenn es um die Wirksamkeit des Jugendstrafvollzuges geht, vertreten einige Kriminologen geradezu abenteuerlich annu-



Professor Dr. Goll hält Jugendvollzug in freien Formen für alternativlos wirksam. Er sollte allerdings die Organisationsform dieser Einrichtung so wählen, dass sich keine verfassungsrechtlichen Bedenken ergeben.

tende Auffassungen. Im Zusammenhang mit dem in Rheinland-Pfalz erwogenen Modellvorhaben beziffert „Die Welt“ in ihrer Ausgabe vom 14. Mai 2007 die Rückfallquote für jugendliche Straftäter auf rund 75 Prozent. Überboten wird diese Aussage noch von Professor Dr. Christian Pfeiffer vom Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen. So erklärte er in der Sendung „Frontal 21“ vom 5. Juni 2007 Folgendes: „Für den geschlossenen Jugendstrafvollzug wissen wir, dass die Rückfallquote nach vier Jahren bereits über 80 Prozent liegt, das zwei Drittel wieder in Haft geraten – nicht gerade ein Ruhmesblatt für die Anstalten.“

In beiden Fällen wird es vermieden, die Quellen für diese „bahnbrechenden“ kriminologischen Erkenntnisse zu benennen. Damit reißen sich beide Verlautbarungen in die breite Phalanx jener vermeintlichen Expertenmeinungen ein, die praktisch jede vermutete Rückfallquote belegen können. Mit seriöser Darstellung vorliegenden Datenmaterials hat dies allerdings nichts mehr zu tun. Vorrangig wird hier das Ziel verfolgt, privatrechtlichen Alternativen zum Jugendvollzug den Weg zu bereiten. Am herkömmlichen Erziehungsvollzug wird folglich kein gutes Haar gelassen. Er wird als ineffektiv und wirkungslos beschrieben. Allen anderen staatlich angeordneten Reaktionsformen wird eine größere Wirkung als dem Jugendvollzug attestiert.

### ■ Jugendstrafe ist Ultima Ratio

Der Jugendstrafvollzug ist das letzte Mittel, mit dem der Staat auf Jugendkriminalität reagiert. Wenn man die Leistungen des Jugendvollzuges richtig bewerten will, muss man sich vor Augen führen, um welche Personengruppe es sich handelt, und welche Institutionen sich im Vorfeld des Jugendvollzuges bereits erfolglos um die Erziehung dieser jungen Menschen bemüht haben.

Im Regelfall waren diese jungen Menschen bereits sehr früh in Familie und Schule verhaltensauffällig. Nach dem Begehen erster Straftaten sind Erziehungsmittel, Geld- und Bewährungsstrafen wirkungslos geblieben. Reaktionsmöglichkeiten, denen eine höhere Wirksamkeit als dem Jugendstrafvollzug zugeschrieben wird, haben damit in all diesen Fällen zu 100 Prozent versagt (!!).

Die aktuellsten Daten über das Rückfallrisiko dieser weitgehend als „hoffnungslose Fälle“ aufgegebenen Klientel hat die Bundesjustizministerin **Brigitte Zypries** Anfang 2004 vorgestellt. Diese umfangreiche, durch **Prof. Dr. Wolfgang Heinz**, **Prof. Dr. Jörg-Martin Jehle** und **Peter Sutterer** erstellte Rückfallstatistik berücksichtigt die Entwicklung von fast 950.000 Personen, die über einen Zeitraum von vier Jahren auf eine erneute Straffälligkeit beobachtet worden sind.

### ■ Jugendstrafe entfaltet Wirkung noch dort, wo alle anderen Mittel versagen

Für die Jugendstrafe ohne Bewährung weist die Studie zwar ein Rückfallrisiko von 77,8 Prozent aus, wenn man jede Form staatlicher Folgeaktionen berücksichtigt. Fragt man hingegen, zu welchem Prozentsatz diese Personen nochmals dem Strafvollzug zugeführt werden müssen, dann sehen die Verhältnisse im Hinblick auf die Wirksamkeit des Jugendstrafvollzuges wesentlich günstiger aus. Lediglich 45,1(!) Prozent der jungen Straftäter müssen nochmals stationär im Strafvollzug untergebracht werden.

Für den stv. **BSBD**-Vorsitzenden **Friedhelm Sanker** hat der Jugendstrafvollzug damit eine große Wirkung, junge Menschen vor dem erneuten Abgleiten in die



**Im Strafvollzug muss auch Platz für Experimente sein. Diese sollten jedoch ausschließlich auf die Verbesserung der Wirksamkeit des Vollzuges abzielen und nicht auf die Erprobung privatrechtlicher Organisationsformen.**

Kriminalität zu bewahren. Zumindest erweist sich der Vollzug in den problematischsten Fällen allen anderen Methoden der Verhaltensbeeinflussung als überlegen. „Wenn jemand ein in 55 Prozent aller Fälle wirksames Medikament gegen eine schwere Krankheit auf den Markt bringt, würde man ihm morgen den Nobelpreis antragen“, erklärte der Gewerkschafter. Der Jugendstrafvollzug aber steht, obwohl er noch Wirkung dort entfaltet, wo alle anderen Erziehungsmittel vollständig versagt haben, weiter in der Kritik. **Die Praktiker des Jugendvollzuges wissen, welche Mühen es verursacht, in rd. 55 Prozent aller Fälle kriminelle Karrieren zu beenden und junge Straftäter positiv zu beeinflussen und dauerhaft zu verändern. Der Jugendstrafvollzug erbringt damit eine bemerkenswerte gesellschaftliche Leistung!**

Gegen die Ausgestaltung des Jugendvollzuges in freien Formen bestehen seitens des **BSBD** keine grundsätzlichen Bedenken. Problematisch wird die Angelegenheit erst dann, wenn unter dem Deckmantel der Humanität versteckte Ziele und Absichten angestrebt oder transportiert werden. Diese Vorhaben vermitteln regelmäßig den Eindruck, sie seien aus politischen Gründen zur Entwicklung privatrechtlich organisierter Alternativen zum Jugendstrafvollzug von vornherein zum Erfolg verdammt. Zudem wird in der Presse geradezu euphorisch über die Wirksamkeit des Jugendvollzuges in freien Formen berichtet. Dabei existieren die Einrichtungen noch gar nicht lange genug, um belastbare Aussagen über die Legalbewährung machen zu können.

**Die globale Wirtschaftskrise hat uns eine kleine Verschnaufpause verschafft. Diese sollten wir nutzen, die Ökonomisierung des Vollzuges durch die Zulassung privatrechtlich organisierter Al-**

**ternativen zum Jugendvollzug zu überdenken. Hier bietet sich die Chance, dem Funktionsvorbehalt des Artikels 33 Grundgesetz wieder Geltung zu verschaffen. Den Protagonisten dieser Entwicklung ist zu raten: „Beteiligen Sie sich nicht an der Entwicklung gesetzlicher Regelungen, die diesen Funktionsvorbehalt des Grundgesetzes seiner Substanz berauben und die dem Steuerzahler teuer zu stehen kommen. Investieren Sie dieses Geld lieber in die Verbesserung und den Ausbau des Jugendstrafvollzuges, der reale und keine behaupteten Erfolge vorzuweisen hat.“ In einem Bereich, in dem es um die Zukunftschancen und -perspektiven von jungen Menschen geht, verbieten sich Experimente, die sich nicht unmittelbar und ausschließlich an der gesellschaftlichen Aufgabe der sozialen Rehabilitation orientieren.**

## Kleine Weisheiten



*Man kann vom Regen unter Umgehung der Traufe direkt in die Scheiße gelangen.*

Winfried Bornemann, dt. Pädagoge

## Ski- und Wandertage 2010 in Kiens - Pustertal/Südtirol

### mit den Kolleginnen und Kollegen der Justizvollzugsanstalten Nordrhein-Westfalens

Programm 2010: 6. bis 13. März 2010

#### Freitag, 05. März 2010

Abfahrt in Hagen, Gelsenkirchen Buer, Dortmund, Köln, Raststätte Feucht BAB 9. Die Reihenfolge und die Zeiten legen wir noch fest.

#### Samstag, 06. März 2010

Anfahrt mit Bus von den genannten Zusteigeorten nach München, Innsbruck und die Brennerautobahn ins Pustertal-Südtirol / Italien. Brotzeit und viele Getränke im Bus. Wir wohnen im Hotel Kronblick ([www.kronblick.com](http://www.kronblick.com)), einem schönen gemütlichen Haus, mit schönen Zimmern, super Essen, Hallenbad, Dampfbad und Sauna, sowie **neuer Kellerbar**. Nach Begrüßung und Begrüßungsdrink, Vorstellung des weiteren Programms und gemütlicher Abend im Hotel.

#### Sonntag, 07. März 2010

Heute besteht die Möglichkeit zum Mieten von Skiern und Schuhen. Die Skifahrer setzen die ersten Schwünge am Kronplatz und unsere Wanderer und Langläufer erkunden die zünftigen Hütten rund um Kiens. Après Ski für alle am Bus, denn wir haben fränkisches Dunkel dabei.



#### Im Reisepreis von 450,- € eingeschlossene Leistungen:

Fahrt mit modernem Reisebus von den genannten Zusteigeorten nach Südtirol und zurück. Alle im Programm vorgesehenen Ausflugsfahrten. Dieser Reisepreis gilt nur, wenn 30 Personen ab NRW im Bus fahren.

#### **7X Halbpension im Wellnesshotel Kronblick in Kiens** [www.kronblick.com](http://www.kronblick.com)

Begrüßungscocktail, reichhaltiges Frühstücksbüfett, Wahlmenü mit Salatbüfett, Galadinner bei Kerzenlicht, Après-Ski-Party, Nachtwanderung mit Glühweinparty, täglich freie Benützung der Saunalandchaft von 16.30 Uhr bis 18.30 Uhr, freie Benützung des Erlebnishallenbades mit Whirlpool, Massagestraße, Gegenstromanlage und Wasserfall, Skibus. Übernachtung im Doppelzimmer. Begrüßungsdrink im Bus (Kübel-Turbowehispüler), Brotzeit und Getränke im Bus (auf alle Fälle Hinfahrt, kommt darauf an, wie gut ihr seid!) Täglich Après Ski am Bus mit fränkischem Dunkel und diversen Getränken.

**WICHTIG: Bierkrug nicht vergessen!**

#### Montag, 08. März bis Freitag 12. März 2010

Skifahren in Kiens oder im Weltcuport Corvara (Alta Badia), sowie in vielen Orten des Dolomiti-Superski. Wir erkunden die Seiser-Alm, das Grödner Tal, Araba, die Marmolada und genießen ein einmaliges Panorama auf über 3000m Höhe. Mehrmals werden wir uns auch auf die Sellaronda (50 bis 70 Pistenkilometer am Tag ohne eine Piste doppelt zu fahren) mit Skibegleitung begeben.

Unsere Wanderer begleiten die Skifahrer in die Region und verkosten Speck und Wein auf einer Hütte. Ebenso werden sie die Möglichkeit haben, in Völs am Schlern oder in Kastelruth, dem berühmten Dorf der Spatzen zu wandern. Après Ski für alle am Bus. Nach dem Abendessen lädt uns der Wirt zu je einer Nachtwanderung mit Glühweinparty und einer Party im Hotelkeller ein.

Am Abschlussabend erleben Sie ein Galadinner wie im Traumschiff bei Kerzenlicht.

#### Samstag, 13. März 2010

Heute müssen wir leider Abschied von der grandiosen Bergwelt der Dolomiten nehmen. Rückfahrt über Innsbruck, München und Nürnberg nach NRW.

**Einzelzimmerzuschlag: 12 € pro Tag**  
**Anmeldung verbindlich nur mit Anmeldeformular per Fax oder E-Mail [michael.schlegel@jva-bt.bayern.de](mailto:michael.schlegel@jva-bt.bayern.de), Wartstraße 19, 95145 Oberkotzau**

Verantwortlich: Michael Schlegel, Richard Brendel

Reiseleitung durch erfahrene Übungsleiter des Deutschen Skiverbandes.

Die Fahrt findet zu diesem Preis nur ab 30 Personen statt. Maximal können 45 Personen teilnehmen.

**Anmeldung mit Überweisung bis 15. November 2009** auf Konto Nr. 609 528 915 BLZ 780 200 70 Bayerische Hypovereinsbank Hof – Kontoinhaber Schlegel - **unbedingt angeben / Ski NRW 2010**. Anzahlung von € 200,- bitte bis 15. November 2009 auf dieses Konto.

Anmeldeformular bitte sofort zurück, da wir sehr viele Anfragen haben. Anmeldungen sind auch nach dem **15. November** bei Rücksprache mit Schlegel oder Brendel möglich.

#### **Restzahlung von € 340,- bis spätestens 15. Januar 2010.**

Bei Stornierungen nach dem 01. Januar 2010 ohne Ersatzteilnehmer müssen wir evtl. die Buskosten, sowie die anfallenden Hotelkosten in Rechnung stellen, denn wir haben einen verbindlichen Vertrag mit dem Hotel. Denken sie bitte auch unbedingt an ihre Auslandskrankenversicherung.

Für Rückfragen stehen wir ihnen jederzeit sehr gerne zur Verfügung. Wir freuen uns schon auf schöne Ski- und Wandertage mit ihnen im sonnigen Südtirol.

Denkt aber bitte daran:

**SKIFOHRN MIT UNS, IS KA SPASS!**

Infos auch unter: [www.ka-splass.de](http://www.ka-splass.de)